



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Photovoltaik entlang von Straßen voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Flächen entlang von Bundes- und Landesstraßen auf die Nutzbarkeit durch Freiflächen-Photovoltaik zu überprüfen.

Zusätzlich wird die Staatsregierung aufgefordert, ein Programm zu initiieren, bei dem lokale Energieversorger Interesse an der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik entlang Bundes- und Landesstraßen bekunden können. Für Flächen, bei denen sowohl ein Interesse bekundet worden ist als auch die Überprüfung ergeben hat, dass diese sich in öffentlicher Hand befinden, soll die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ermöglicht werden. Hierzu soll nach dem Vorbild Baden-Württembergs ein Muster-Nutzungsvertrag erstellt werden.

Begründung:

In Bayern gibt es über 22 000 km Bundes- und Landesstraßen sowie Autobahnen. Entlang dieser Trassen gibt es oftmals große Potenziale, Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu installieren. Diese Flächen werden oftmals nicht genutzt und befinden sich zudem oft in öffentlicher Hand. Ein Netzanschluss dieser Anlagen ist durch die räumliche Nähe und die einheitliche Besitzstruktur erleichtert. Straßenrandstreifen haben zudem oftmals höhere Schadstoffimmissionen durch den Straßenverkehr, weshalb die Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zur Herstellung von Lebensmitteln nur teilweise genutzt werden können.

Um die Energiewende voranzubringen und Akzeptanz zu steigern, ist ein Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik entlang der Bundes- und Landesstraßen in Bayern zu überprüfen. In Baden-Württemberg wurden mit dieser Vorgehensweise bereits knapp 260 mögliche Flächen identifiziert, auf welchen Bürgerenergiegenossenschaften, Projektentwickler und Privatpersonen Freiflächen-Photovoltaikprojekte realisieren wollen.